

Klimarelevante Haushaltsanträge

Grüne

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 343/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff
Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 018
10.000 PV-Module für Stuttgart!

Die Preise für Photovoltaikmodule sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Die Erzeugungskosten von Photovoltaikstrom vom eigenen Hausdach liegen je nach Dachausrichtung und Infra-strukturkosten zwischen 7-11ct pro kwh, bei einem Endkundenstrompreis von ca. 30 ct pro kwh also deutlich günstiger. Mieter profitieren von den geringen Kosten allerdings bisher nicht.

Durch die Überarbeitung der entsprechenden VDE-Norm für elektrotechnische Sicherheits-bestimmungen durch die Deutsche Kommission Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik (DKE) können nun auch Mieter von den günstigen PV-Strompreisen profitieren. Bis zu einer Leistung von 600 Watt können Privatpersonen PV-Module direkt an den Haushaltsstromkreis anschließen (meist Balkonmodule). Damit können zwei wichtige Ziele miteinander verbunden werden: grüne Stromproduktion und die Förderung der Energiewende sowie eine Reduktion des Strompreises und damit der Wohnnebenkosten vor allem für einkommensschwache Mieter!

Deshalb wollen wir diese Form der dezentralen Stromerzeugung mit einem 10.000 PV-Module Programm fördern, wobei die Stadt Stuttgart den Kauf von Photovoltaikmodulen mit EUR 150,- pro Modul fördern wird. Maximal werden pro Haushalt zwei PV-Module gefördert.

Deshalb beantragen wir:

Für den Doppelhaushalt 2020/21 einen Fördertopf von **1.500.000 EUR**

Gabriele Nuber-Schöllhammer Andreas Winter

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 326/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff
Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 001
Verkehrswende meistern, Öffentlichen Verkehr fördern, SSB stärken

Um die Verkehrswende als eine der zentralen Maßnahmen für die Anpassung der Stadt an den Klimawandel zügig und reibungslos zu schaffen, um mehr Urbanität durch weniger Individual-verkehr in der Stadt zu schaffen – dafür ist die Stärkung der Leistungsfähigkeit der städtischen Tochter SSB die entscheidende Schaltstelle.

Um die SSB mittel und langfristig in die Lage zu versetzen, diesen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende leisten zu können, sind Mittel eines hohen zweistelligen Millionenbetrages pro Jahr notwendig. Wir haben hierzu den Mobilitätspass/ die Nahverkehrsabgabe gefordert. Hier appellieren wir an die Landesregierung der Stadt Stuttgart die Möglichkeit einer Entscheidung darüber zu ermöglichen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung eine Erhöhung der Mittel für die SSB in Höhe von 10 Mio. p.a. sowie für die nächsten vier Jahre der SSB insgesamt 20 Mio. Euro für zusätzliche Investitionen

aus dem Aktionsprogramm Klimaschutz zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus beantragen wir:

1. Für Angebotsverbesserungen werden der SSB zudem bereitgestellt:

Im Jahr 2020 **2.000.000 EUR**

Im Jahr 2021 **2.000.000 EUR**

2. Für die Gruppe der Schüler*innen in Stuttgart ein 365-Euro-Ticket, das wir für alle nur über eine Nahverkehrsabgabe finanzieren könnten, zur Verfügung zu stellen.

Dafür sind bereitzustellen: **2.600.000 EUR p.a.**

Gabriele Nuber-Schöllhammer Andreas Winter

SÖS-Linke

	Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr. 651/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Reale Kosten des Verkehrs – Externe Ermittlung nach dem Konzept der Uni Kassel

Wir beantragen:

Die Verwaltung stellt dar, welche Ressourcen notwendig sind, um die realen Kosten des Verkehrs zu erfassen, wie es unsere Fraktion im Antrag GR Drs 8/2019 beantragt hat.

Begründung:

Eine Studie der Universität Kassel (NRVP 2020 –Welche Kosten verursachen verschiedene Verkehrsmittel wirklich?) hat gezeigt, dass die realen Kosten für den Kfz-Verkehr ein Mehrfaches dessen verursacht wie der ÖPNV. In der Studie wurde deutlich, dass es je nach Stadt erhebliche Unterschiede gibt. Die Forscher*innen haben ein digitales Werkzeug entwickelt, welches es den Städten und Gemeinden erlaubt, die jeweiligen Kosten für Kfz-, ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr zu ermitteln.

Wir wollen, dass beim Thema nachhaltige Mobilität mit transparenten, nachvollziehbaren und ehrlichen Zahlen gearbeitet wird, daher sollte die Stadt das oben genannte Werkzeug anwenden und die Ergebnisse veröffentlichen. Die Kostenrechnung kann jährlich aktualisiert werden und so jedem Bürger und jeder Bürgerin zeigen, wie viel Steuergeld die Stadt für welchen Verkehrsträger ausgibt. Ebenso sollte offengelegt werden, wie viele Personalstellen für den motorisierten Individualverkehr (MIV), den ÖPNV, den Radverkehr und den Fußverkehr zur Verfügung stehen.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

	Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr. 644/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Flächennutzungsplan im Sinne einer vorsorgenden Klimaleitplanung weiterentwickeln

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt im Sinne einer vorsorgenden Klimaleitplanung am Beispiel der Stadt Esslingen vorzu-bereiten. Sie stellt dar, in welchem Zeithorizont diese Fortschreibung erfolgen kann und welche Ressourcen für die strategische Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung benötigt werden.

Begründung:

Die Widerstandsfähigkeit der Städte gegenüber der Klimakrise hängt wesentlich davon ab, ob die bebaute und unbebaute Umwelt strategisch im Sinne einer Klimaanpassungsstrategie weiter-entwickelt wird. Die Abwehr von Gefahren durch naturbedingte (Überflutungen, Hitze) oder technische Ursachen (z.B. Störfallbetriebe) ist ein wichtiges Prinzip der Raumordnung und der Stadtentwicklung. Für Ballungsräume mit einer hohen Bevölkerungsdichte, einer hohen Kon-zentration von Produktionsanlagen und technischer Infrastruktur und dem daraus resultierenden Schadenspotenzial gilt dies ganz besonders. Stuttgart steht aufgrund seiner Topografie, des Reliefs der bebauten Stadt, der starken Überformung des Neckars und vieler Bachläufe im Stadtgebiet, sowie des hohen Grads an Oberflächenversiegelung vor besonders großen Herausforderungen.

Die Stadt Esslingen hat im Zuge des Verbundprojekts "Klimaanpassung Region Stuttgart" (KARS) zur stärkeren Verankerung von Klimaanpassungsstrategien auf Ebene der Stadtplanung ein Klima-Layer im Flächennutzungsplan verankert. Darin ergänzen „Thematischen Strategiekarten“ als informelle Instrumente der Stadtentwicklungsplanung den Flächennutzungsplan. Gleichzeitig wird strategisch Risikovorsorge betrieben. So werden klimaaktive Ausgleichsräume definiert, klimawirksame Sanierungsräume bestimmt und prioritäre Klimaanpassungsziele formuliert.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

	Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr. 614/2019
--	--------------------------------	--------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Investitionszuschüsse an SSB

Wir beantragen:

1. Damit die städtische SSB AG notwendige Investitionen in die Erneuerung der Schienen-infrastruktur der 1980er Jahre, Ersatzbeschaffungen für die 35 Jahre alten Stadtbahnwagen der 1. Generation stemmen, Stadtbahnen der 2. Generation aufarbeiten, Liegenschaften revitalisieren sowie zusätzliche Stadtbahnen und Busse zur Ausweitung des Nahverkehrs-angebots finanzieren kann, wird ihr ab 2020ff (inklusive Mittelfristiger Finanzplanung) ein Investitionszuschuss i.H.v. 35 Mio. Euro gewährt.

Begründung:

Mit ca. 350 Mio. Euro für die Grundsanie rung der 133 Kilometer umfassenden Schieneninfra-struktur, Ersatzbeschaffungen von Stadtbahnen (ca. 160 Mio. Euro) und der Aufarbeitung weiterer Stadtbahnen der 2. Generation (65 Mio. Euro) ist die SSB mit immensen Investitions-summen konfrontiert, die weitgehend ohne Zuschüsse von Bund und Land zu stemmen sind, um nur den status quo zu erhalten. Zusätzlich sind wichtige Investitionen in die Revitalisierung von Liegenschaften wie der SSB-Zentrale in Möhringen zu leisten, aber auch Ausbaumaß-nahmen zu finanzieren, die zur Steigerung der Beförderungsleistung beitragen. Ohne erheb-liche Unterstützung aus dem Stadthaushalt ist die SSB nicht in der Lage diese Lasten zu schultern.

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass zur Umsetzung der Ziele aus der Aufsichtsratsklausur von Degerloch die zügige Beschaffung zusätzlicher Stadtbahnen notwendig ist. Für die Bestellung zusätzlicher 15 Stadtbahnen der Generation S-DT 8.14 für die Ausweitung des Leistungsangebots der SSB zur Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Maßnahmen im Sinne der Klausur des Aufsichtsrats am 03.06.2016 sind Investitionen i.H.v. 54,8 Mio. Euro zu leisten. Auch über diese Bestellung kann mit dem Investitionskostenzuschuss im Aufsichtsrat entschieden werden.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr. 612/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Fit für die Zukunft: Die SWSG wird bis 2030 klimaneutral

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung kalkuliert ein Budget und stellt einen Zeitplan auf, mit dem Ziel, dass alle Liegenschaften der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG energetisch saniert und bis zum Jahr 2030 klimaneutral sind.
2. Energetische Sanierungen werden grundsätzlich warmmietenneutral vorgenommen. Die Verwaltung kalkuliert hierfür ein Budget, welches die SWSG benötigt um die unter Antrags-punkt 1 formulierten Anforderungen umsetzen zu können.

Begründung:

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft steht vor der Herausforderung, alle Liegenschaften bis zum Jahr 2030 energetisch zu sanieren und klimaneutral zu machen. Um die Pariser Klimaschutzziele (Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten) zu erreichen, muss der Bestand an Liegenschaften zwei Voraussetzungen erfüllen:

- a) der Energieverbrauch muss deutlich gesenkt werden und
- b) die Energie muss klimaneutral erzeugt werden.

Für die Mieter*innen der SWSG muss der Grundsatz gelten: Alle Maßnahmen müssen warm-mietenneutral sein. Die Kosten der energetischen Sanierung dürfen nur in dem Maße auf die Kaltmiete umgelegt werden, wie die Betriebskosten für Heizung und Strom sinken. Kein Mieter soll nach der Sanierung fürs Wohnen mehr Geld ausgeben müssen wie vor der Sanierung.

Ein solches Vorhaben ist hochkomplex, zumal jede Liegenschaft unterschiedliche Voraussetzungen für eine energetische Sanierung hat. Denkmalschutz, Bauart und Lage der SWSG Gebäude unterscheiden sich teilweise erheblich. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Liegenschaften untersucht werden, in welchem Maße sie sich für eine energetische Sanierung eignen, ob sie an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden können, ob Wärme-pumpen installiert werden können und ob die Voraussetzungen für die Installation von PV-Analgen vorliegen oder geschaffen werden können. Ziel muss es sein, dass im Jahr 2030 alle Liegenschaften energetisch saniert und klimaneutral sind. Hierfür soll die Verwaltung einen Zeitplan erarbeiten und ein entsprechendes Budget kalkulieren.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Städtische Liegenschaften bis 2030 klimaneutral machen

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für das stadtinterne Contracting werden angepasst, um zu erreichen, dass im Jahr 2030 alle städtischen Liegenschaften klimaneutral sind. Die hierfür notwendigen Mittel und Stellen legt die Verwaltung im Laufe der Haushaltsberatungen vor.

Begründung:

Die größte Herausforderung der urbanen Energiewende ist die Sanierung des Liegenschafts-Bestands. Um die Pariser Klimaschutzziele (Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten) zu erreichen, muss der Bestand an Liegenschaften zwei Voraussetzungen erfüllen:

- a) der Energieverbrauch muss deutlich gesenkt werden und
- b) die Energie muss klimaneutral erzeugt werden.

Ein solches Vorhaben ist hochkomplex, zumal jede Liegenschaft unterschiedliche Voraussetzung für eine energetische Sanierung hat. Denkmalschutz, Bauart und Lage städtischer Gebäude unterscheiden sich teilweise erheblich. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Liegen-schaften untersucht werden, in welchem Maße sie sich für eine energetische Sanierung eignen, ob sie an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden können, ob Wärme-pumpen installiert werden können und ob die Voraussetzungen für die Installation von PV-Analgen vorliegen oder geschaffen werden können.

Will Stuttgart spätestens im Jahr 2035 klimaneutral sein, so muss die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und bereits 2030 alle Liegenschaften energetisch saniert entsprechend klimaneutral gestaltet haben. Hierfür soll die Verwaltung einen Zeitplan erarbeiten und ein entsprechendes Budget kalkulieren.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Stadtentwicklungskonzept klimaneutrales Stuttgart

Wir beantragen:

1. ein Budget von 4 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2020/21 zur Durchführung eines integrativen Stadtentwicklungsprozesses mit der Prämisse Klimaneutralität. Das genaue Verfahren wird im Laufe des Jahres 2020 unter Einbeziehung des Beteiligungsbeirates, der Fraktionen und der Verwaltung festgelegt.

Begründung:

Das Ziel einer klimaneutralen Stadt lässt sich nur durch einen breit angelegten sozialökolo-gischen Transformationsprozess, der alle Lebensbereiche vom Arbeiten über Freizeit, Ernährung bis hin zu Verkehr und

Wohnen erfasst, erreichen. Dabei steht fest, dass diese sozialökologische Transformation einer Unterstützung durch Wissenschaft, Experten und einer aktiven Mitgestaltung der Einwohner*innen Stuttgarts bedarf. Stadtentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, deswegen müssen Stuttgarter Einwohner*innen von Anfang an in die Diskussion um die Neuausrichtung der Stuttgarter Stadtentwicklung einbezogen sein – und zwar auch durch aktive, aufsuchende Beteiligungsformate. Diese Voraussetzungen gilt es bei der nötigen Fortschreibung des Stuttgarter Stadtentwicklungskonzeptes zu erfüllen.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr. 604/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Unbefristete Stellen für den Klimaschutz – alle Stellen aus GRDRs 975/2019 in den Stellenplan übernehmen

Wir beantragen:

1. Alle Stellen aus dem Aktionsplan Klimaschutz – Verwendung des Klimaschutzfonds (GRDRs 975/2019) werden im Stellenplan OHNE kw-Vermerk als unbefristete Stellen übernommen.

Begründung:

Klimaschutz ist eine Zukunftsaufgabe, die länger als die nächsten vier Jahre läuft. Befristete Stellen zu besetzen, stellt für viele Bewerber*innen ein Einstellungshindernis dar – angesichts der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt muss die Stadt – wenn sie die Stellen vor allem im technischen Bereich besetzen will – mindestens unbefristet ausschreiben. Der Mittelbedarf aus GRDRs 975/2019 für die Stellen wird auf 13,311 Mio. Euro (ohne Tariffortschreibung) beziffert.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr. 603/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Externes Gutachten zur klimaneutralen Fernwärme

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für ein technisch-wirtschaftliches Gutachten zur Untersuchung, wie die Stuttgarter Fernwärme bis zum Jahr 2030 komplett klimaneutral erzeugt werden kann.

Begründung: Ein wichtiger Baustein der urbanen Energiewende ist die Frage, wie die in den Haushalten benötigte Wärme klimaneutral erzeugt werden kann. Die bisherige Anbieterin Energie Baden-Württemberg (EnBW) hat bislang wenig erkennbares Interesse gezeigt, wie sie die Fernwärme klimaneutral erzeugen will. Hier soll die Stadt ein Signal setzen und ein Gutachten in Auftrag geben, welches aufzeigt, welche Schritte gemacht werden müssen, damit die Fernwärme im Jahr 2030 klimaneutral erzeugt wird.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
CO₂-Bilanzierung: Mehr Stellen, um den Klimavorbehalt umsetzen zu können

Wir beantragen:

1. Für die CO₂-Bewertung und Bilanzierung werden nicht nur eine Stelle, sondern 10,0 Stellen (EG13) und ein Finanzbedarf von 700 000 Euro anstelle von 70 000 Euro in den Haushalt eingestellt (Siehe Aktionsprogramm Klimaschutz GRDRs 975/2019, Abschnitt D).

Begründung:

Ähnlich wie bei der Abteilung Haushalt der Kämmerei braucht Stuttgart eine Abteilung mit zehn Mitarbeiter*innen, um möglichst schnell eine effektive CO₂-Bewertung und Bilanzierung vornehmen zu können. Ziel muss es sein, dass alle Beschlüsse des Gemeinderats vor der Einbringung mit dem Hinweis verbunden sind, welche Klimafolgen der jeweilige Beschluss haben wird. Auf dieser Grundlage kann der Gemeinderat dann auch Alternativen entwickeln und ggf. auch Beschlüsse verhindern mit Verweis auf den Klimavorbehalt. Ein solches Instrument der CO₂-Bilanzierung und Bewertung schafft eine Transparenz für das gesamte Verwaltungshandeln und gibt auch den Bürger*innen die Chance, das Handeln von Gemeinderat und Verwaltung unter Klimaaspekten zu beurteilen.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
365-Euro-Ticket für ALLE einführen

Wir beantragen:

1. Die Stadt stellt die notwendigen Haushaltsmittel für ein 365-Euro-Jahresticket für die Stuttgarter Tarifzone 10 in den Haushalt. Jede_r soll berechtigt sein, ein solches 365-Euro-Jahresticket zu erwerben. Auszubildende, Schüler*innen sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Jahresticket für 270 Euro erwerben können.

Begründung:

Stuttgart ist nach wie vor die Stadt mit der höchsten Luftschadstoffkonzentration und gleich-zeitig einer immer noch wachsenden Zahl an Kraftfahrzeugen auf den Straßen. Eine grund-legende Verkehrswende hin zu einer multimodalen Mobilitätskultur durch Verlagerung des Verkehrsgeschehens auf umwelt-, klima- und ressourcenschonende Transportmittel ist jedoch alternativlos. Die Studie des Landes „Mobiles BW – Wege der Transformation zu einer nach-haltigen Mobilität“ weist dabei den Weg: Bis 2050 muss der heutige Bestand an Kraftfahr-zeugen um 85 Prozent abschmelzen, damit die vollständige Dekarbonisierung des Verkehrs-sektors in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen des Landes gelingen kann. Für diese ökologische Verkehrswende ist ein leistungsfähiger, attraktiver und alle Bedürfnisse abdeckender ÖPNV das notwendige Rückgrat. Doch während ÖPNV-Nutzer_innen einen immer höheren Anteil an Kosten für Betrieb, Fuhrpark und Infrastruktur tragen, zieht sich die öffentliche Hand schrittweise weiter aus der Mitfinanzierung zurück. Hier muss konsequent umgesteuert werden. Wir wollen in einem ersten Schritt ein 365-Euro-Jahresticket für die Stuttgarter Zone einführen, damit für alle spürbar ist, was eine ökologische und soziale Verkehrswende bedeutet.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch
(Fraktionsvorsitzender) (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
CDU-Gemeinderatsfraktion

Betreff
Haushalt 2020/21 - Finanzplanung bis 2024
Zusätzliche 110 Millionen Euro für unsere SSB
Städtisches Investitionsprogramm für das Stadtbahnssystem

Die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) stecken in großen finanziellen Nöten. Verantwortlich dafür ist aber nicht etwa eine schlechte Unternehmensführung, sondern ein jährlich anwachsendes Angebot der SSB im ÖPNV für unsere Bürgerinnen und Bürger. Daraus resultierend steigen jährlich die Kosten für Investitionen und den Betrieb von Bussen und Bahnen. Sehr wichtig sind aber vor allem auch Investitionen in unser bestehendes Schienennetz und die Stadtbahnwagen, um den Betrieb dauerhaft sicherstellen zu können. Deshalb brauchen wir ein Investitionsprogramm, mit dem die Stadt Stuttgart unserem kommunalen Verkehrsunternehmen ab 2020 jährlich 25 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellt.

Mit dieser finanziellen Hilfe kann die SSB die notwendige Grunderneuerung ihres bestehenden Stadtbahnsystems leisten. Neben der Sanierung von über 133 Kilometern Stadtbahnstrecke, die größtenteils aus den Achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammen, geht es dabei auch um die schrittweise Ersatzbeschaffung von insgesamt 38 Stadtbahnen der 1. Generation, die ebenfalls knapp 35 Jahre alt sind und zwingend ausgetauscht werden müssen. Da der Preis pro Stadtbahn bei 4 bis 4,5 Mio. Euro liegt, bewegt sich allein dafür die finanzielle Größenordnung zwischen 152 und 171 Mio. Euro.

Nachdem die Verwaltung in der „grünen Liste“ einen ersten Schritt getan hat und zum „Erhalt der Infrastruktur der SSB“ jeweils 10 Mio. Euro für die nächsten beiden Jahre vorschlägt, wollen wir den zweiten notwendigen Schritt dafür machen, unser kommunales Verkehrsunternehmen dauerhaft auf die finanziellen Herausforderungen der Zukunft einzustellen.

Deshalb beantragen wir:

- 1.) Die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) erhalten für die Erneuerung ihres Stadtbahnsystems (Gleisinfrastruktur und Stadtbahnen) zusätzlich zu dem in der „grünen Liste“ aufgeführten Betrag weitere **15 Mio. € p.a.**, was in der Summe einen kommunalen Zuschuss von jeweils 25 Mio. Euro für die Jahre 2020 und 2021 ergibt.
- 2.) Für die Jahre 2022 – 2024 wird dieser jährliche Sonderzuschuss dann in Höhe von **25 Mio. €** fortgeführt.
- 3.) Zur Deckung dieser Zuschüsse wird die bisherige Rücklage der Stadt zum Erwerb der Wasserversorgung in Höhe von 110 Mio. € aufgelöst und die Rücklage für Zuschüsse an die SSB um 110 Mio. € erhöht. Wenn wir mit der EnBW zu einem Kaufvertrag für die Wasser-versorgung kommen, was wir uns bald wünschen, muss der Eigenkapitalanteil des Kauf-preises aus der SVV finanziert werden.

Alexander Kotz Jürgen Sauer Dr. Klaus Nopper
Fraktionsvorsitzender
Ioannis Sakkaros Iris Ripsam

Der folgende Antrag ist kein Haushaltsantrag, gehört aber eigentlich dazu.

Antrag vom 16.10.2019

Nr. 322/2019

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
CDU-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Aktionsprogramm Klimaschutz – Verwendung des Klimaschutzfonds
Stuttgarter Klimaanlage auflegen und Office-Hub Stuttgart als Leuchtturmprojekt

Der Oberbürgermeister hat mit der Vorlage 975/2019 einen Vorschlag für die Verwendung der 200 Mio. € aus dem Klimaschutzfonds vorgelegt. Wir können die gemachten Vorschläge weitestgehend unterstützen. Die genaue Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen muss dann jeweils in den entsprechenden Fachausschüssen des Gemeinderats natürlich noch diskutiert und beschlossen werden. Wir wollen aber auch eigene Ideen mit einbringen, die den Anteil Stuttgarts an der Reduzierung des Klimawandels noch steigern können.

1.) Bürgerschaft bei der Klimarettung vielfältig aktiv miteinbeziehen Stuttgarter Klimaanlage einrichten

Die Gegenmaßnahmen um den ständig weiterfortschreitenden Klimawandel zu bremsen bedürfen enormer globaler Anstrengungen aller Nationen der Welt. Gerade bevölkerungsreiche Länder wie China, Indien oder USA tragen hier mit ihren CO² Emissionen eine besondere Verantwortung.

Aber diese Tatsache darf nicht als Entschuldigung dafür herangezogen werden, dass nicht jedes Land, jede Stadt und jeder einzelne Bürger seinen möglichen Beitrag zur Verbesserung des Klimas beitragen kann und auch muss.

Die Landeshauptstadt Stuttgart wird mit ihrem Aktionsprogramm Klimaschutz einen wichtigen Schritt in diese Richtung tun. Für uns als CDU Fraktion ist entscheidend wichtig, dass wir möglichst weite Teile unserer Bevölkerung bei diesen Anstrengungen mitnehmen und aktiv einbinden.

Leider zeigt die Erfahrung, dass wir mit großen Werbe- und Informationskampagnen als Stadt nicht wirklich erfolgreich sind. So lässt die seit Jahren durch den Gemeinderat beschlossene und finanzierte Werbekampagne für die Urbane Energiewende des Oberbürgermeisters immer noch auf sich warten.

Wir wollen daher beim Thema Klima zusätzlich einen weiteren Baustein für die Einbindung unserer Bürgerinnen und Bürger vorschlagen – die „Stuttgarter Klimaanlage“. Dabei soll den Stuttgarterinnen und Stuttgartern die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung bei den Maßnahmen der Stadt zur Reduzierung des Klimawandels gegeben werden. Wir können uns vorstellen, dass Beträge bis zu einer Höhe von max. 5.000 € je Stuttgarter an die Stadt als eine Art Darlehen gegeben werden können. Bei einer Laufzeit von vier Jahren und einer attraktiven Verzinsung von 2,5% wäre neben dem ideellen Anreiz der Unterstützung bei der Klimarettung auch ein wirtschaftlicher Vorteil bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir können uns dabei ein Gesamtvolumen von 100 Mio. € vorstellen. Damit könnten vorwiegend Maßnahmen zur Klimarettung angegangen werden, die auch einen wirtschaftlichen Gegenwert und Ertrag generieren. Wir denken hierbei z.B. an das klimaneutrale Bauen, den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetze im Rahmen der Wärmeoffensive oder die Nutzung von Solarenergie. Die Zinsen für die Anleihe in Höhe von max. 2,5 Mio. € p.a. können aus dem städtischen Klimapaket für die Laufzeit von vier Jahren finanziert werden. Optimal wäre dabei eine Struktur, die auch eine Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sei es den gesamten Darlehensbetrag oder die Verzinsung, ermöglicht. Hierbei könnte bei Spenden auch an solche für direkte Maßnahmen gedacht werden wie z.B. für Bäume, Blühwiesen, Wasserspiele oder Trinkbrunnen.

Neben der Tatsache, dass viele zusätzlichen ganz konkreten Maßnahmen zur Klimarettung dadurch umgesetzt bzw. Maßnahmen in größerem Umfang umgesetzt werden können als vom OB vorgeschlagen, ergäbe sich nach unserer festen Überzeugung ein weiterer positiver Effekt. Eine solche Aktion würde in der Stadtgesellschaft weite Bevölkerungsteile erreichen und zu Diskussionen anregen. Damit sehen wir die notwendigen Finanzmittel

für die Verzinsung der Anleihe auch als Öffentlichkeitsarbeit an, für die große gemeinsame Aufgabe, unseren Stuttgarter Anteil zur Rettung des Weltklimas erfolgreich und gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern zu erbringen.

2.) Moderne Arbeitsplätze für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Klimaneutrales Leuchtturmprojekt „Office Hub Stuttgart“

Mit unserem Antrag 295/2019 vom 30.09.2019 hat die CDU Fraktion die Idee eines neuen zentralen Gebäudes für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Diskussion eingebracht.

Wir sehen in einem solchen neuen Gebäude mit über 2.000 Arbeitsplätzen die Chance den schon traditionellen Arbeitsplatzmangel zu beenden, attraktive Arbeitswelten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen, digitales arbeiten zu ermöglichen sowie verstärkt ämterübergreifend in Projektgruppen zusammenzuarbeiten.

Wir sehen auch die Chance, an diesem neuen Standort Mitarbeiter- bzw. Azubi-Appartements und Wohnungen zu bauen. Das würde die Idee von der Verbindung von Wohnen und Arbeiten praktisch umsetzbar machen und ein weiterer Bonus bei der Suche nach Fachkräften sein. Weiterhin entsteht dadurch weniger Verkehr und damit ganz konkreter Klimaschutz.

Darüber hinaus ist für uns klar, dass ein solches Projekt ein Leuchtturm nicht nur in Sachen moderne Arbeitswelt, sondern auch in Fragen des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit sein muss. Daher beantragen wir das Projekt „Office-Hub Stuttgart“ als eines der fünf Leuchtturm-projekte im Bereich klimaneutrales Bauen aus dem Klimapaket zu entwickeln und schnellst-möglich die Planungen zu beginnen.

3.) Auch beim Klimaschutz – mit attraktiven Angeboten den Klimawandel nachhaltig stoppen statt mit Verboten und Abgaben nur kurzfristig zu punkten.

Wir sind der festen Überzeugung, die Menschen beenden klimaunfreundliche Gewohnheiten am schnellsten und nachhaltigsten, wenn sie es freiwillig tun und dafür neue attraktive Angebote zur Verfügung haben. So halten wir nichts davon einzelne Flugbeziehungen zu verbieten, sondern vielmehr schnelle und komfortable Alternativen anzubieten. Mit der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 werden genau solch attraktivere Zugverbindungen von Stuttgart aus als Alternative zum Fliegen künftig angeboten. Ein reines Verbot wie es OB Kuhn vorschlägt würde nur dazu führen, dass als Umsteigeflughafen künftig dann eben nicht mehr Frankfurt oder München, sondern Paris oder Amsterdam gewählt würde. Damit wäre dem Klima in keiner Weise geholfen.

Ähnlich verhält es sich mit der schon ewigen Forderung des OB nach einer City-Maut oder Nahverkehrsabgabe. Wir sind der festen Überzeugung der Umstieg vom Auto auf ÖPNV geschieht nur bei besseren Angeboten des ÖPNV und niemals, weil das Autofahren verteuert wird. Gerade die Zusammensetzung der Autoflotte in Stuttgart, mit so vielen hochwertigen und teuren Autos wie in keiner anderen deutschen Stadt zeigt, dass der Preis der Mobilität nicht das entscheidende ist. Am Ende des Tages ist die vom OB geforderte Nahverkehrsabgabe eine nutzlose und dazu zutiefst unsoziale Zusatzsteuer. Sie trifft am härtesten diejenigen, bei denen diese zusätzlichen Belastungen im Geldbeutel richtig wehtut während es sich die Besserverdienenden gut leisten können weiter in Stuttgart Auto zu fahren.

4.) Innovationsfonds zur erneuerbaren Energieerzeugung

Wir unterstützen den Vorschlag einen Innovationsfonds zur erneuerbaren Energieerzeugung mit 10 Mio. € einzurichten. Allerdings sehen wir den Vorschlag, diesen bei unseren Stadtwerken anzusiedeln, kritisch. Unsere Stadtwerke sind immer noch ein Unternehmen in den Gründungsjahren, also eigentlich ein Start-Up. Viele Aufgaben müssen schon heute von diesem jungen Unternehmen bewerkstelligt werden. In nächster Zeit kommen zahlreiche wichtige Herausforderungen zusätzlich auf die Stadtwerke zu. Beispielhaft sind hier die Übernahme des Hochdruckgasnetzes und der Hochspannungsnetze zu nennen, massive Tätigkeiten im Bereich der Wärmewende oder auch die dringende Skalierung der Maßnahmen aus der urbanen Energiewende. Wir glauben die Stadtwerke würden mit einer weiteren so wichtigen Aufgabe wie dem Innovationsfonds vermutlich überfordert werden. Wir wollen aber, dass dieser Fonds seine Wirkung voll entfaltet. Außerdem sollten

Innovationen entweder bei den Forschungseinrichtungen oder in der freien Wirtschaft umgesetzt werden, um im Falle eines Erfolgs auch sofort und umfassend ein ausrollen der Idee in die Breite zu ermöglichen.

Wir bitten die Verwaltung im Rahmen der Beratungen zur Vorlage 975/2019 um Stellungnahme zu unseren Vorschlägen bzw. um entsprechende Abstimmung.

Alexander Kotz Philipp Hill Ioannis Sakkaros
Fraktionsvorsitzender

SPD

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 833/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff Haushalt 2020/2021: Aktionsplan Klimaschutz - Konkretes Projekt zur energetischen Sanierung ressourcenschonendere Beregnungsanlagen in Vereinssportanlagen

Wir beantragen,

dass das energetische Sanierungsprogramm von ressourcenschonenden Beregnungsanlagen in Vereinssportanlagen aus dem Klimaschutzfonds (GRDs 589/2019) bezahlt wird.

Begründung:

Das vom Oberbürgermeister am 24. September eingebrachte Aktionsprogramm Klimaschutz "Weltklima in Not - Stuttgart handelt" im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) hat sich zum Ziel gesetzt, die kommunale Energiewende tatkräftig voranzutreiben. Das unterstützen wir, an manchen Stellen fordern wir jedoch ein wenig mehr Mut. Dafür werden wir uns im AKU stark machen: In der Breite statt nur in Leuchttürme, im Bestand statt nur im Neubau, mit starken Stadtwerken und sozial verträglich.

Finanziert wird das Aktionsprogramm durch einen Klimaschutzfonds aus den Jahresüberschüssen 2018 (GRDs 589/2019). Es sollen zusätzliche zu denen im Haushaltsentwurf dargestellten Projekten und Maßnahmen finanziert werden.

Über denen im Haushaltsentwurf bereits dargestellten Projekten und Maßnahmen finden sich in der Verwaltungsliste zusätzliche und weitergehende Projekte, bei denen städtische Gebäude energetisch saniert werden und damit zeitnah und effektiv Ressourcen, im konkreten Fall Wasser, eingespart werden kann. Diese sollen aus dem Klimaschutzfond finanziert werden.

Energetisches Sanierungsprogramm Beregnungsanlagen Vereinssportanlagen Erneuerung insbesondere unter Berücksichtigung der Trinkwasserverordnung (Sanierungsprogramm geplant für die Dauer von 15 Jahren - 4 Anlagen pro Jahr)		Sum TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
	Einzahlungen aus Klimaschutzfond	500	100	100	100	100	100
	Auszahlungen	500	100	100	100	100	100
	Bedarf FinHH	0					

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
Dejan Perc Lucia Schanbacher

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2020/2021: Aktionsplan Klimaschutz - Konkretes Projekt zur energetischen Sanierung Ballspielhalle Botnang

Wie beantragen:

dass die energetische Sanierung der Ballspielhalle Botnang aus dem Klimaschutzfonds (GRDs 589/2019) bezahlt wird.

Begründung:

Das vom Oberbürgermeister am 24. September eingebrachte Aktionsprogramm Klimaschutz "Weltklima in Not - Stuttgart handelt" im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) hat sich zum Ziel gesetzt, die kommunale Energiewende tatkräftig voranzutreiben. Das unterstützen wir, an manchen Stellen fordern wir jedoch ein wenig mehr Mut. Dafür werden wir uns im AKU stark machen: In der Breite statt nur in Leuchttürme, im Bestand statt nur im Neubau, mit starken Stadtwerken und sozial verträglich.

Finanziert wird das Aktionsprogramm durch einen Klimaschutzfonds aus den Jahresüberschüssen 2018 (GRDs 589/2019). Es sollen zusätzliche zu denen im Haushaltsentwurf dargestellten Projekten und Maßnahmen finanziert werden.

Über denen im Haushaltsentwurf bereits dargestellten Projekten und Maßnahmen finden sich in der Verwaltungsliste zusätzliche und weitergehende Projekte, bei denen städtische Gebäude energetisch saniert werden und damit zeitnah und effektiv Energie und damit CO₂ eingespart werden kann. Diese sollen aus dem Klimaschutzfond finanziert werden.

Energetische Sanierung Ballspielhalle Botnang Lüftungsanlage, Sheddachfläche, Sonnenschutz, Umkleidegruppen		Sum TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR
	Einzahlungen aus Klimaschutzfond	140		140
	Auszahlungen	0		0
	Bedarf FinHH	-140		

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
Dejan Perc Lucia Schanbacher

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2020/2021: Aktionsplan Klimaschutz - Konkretes Projekt zur energetischen Sanierung, das Jugendhaus Zuffenhausen

Wir beantragen, dass die energetische Sanierung des Jugendhauses Zuffenhausen aus dem Klimaschutzfonds (GRDs 589/2019) bezahlt wird.

Begründung:

Das vom Oberbürgermeister am 24. September eingebrachte Aktionsprogramm Klimaschutz "Weltklima in Not - Stuttgart handelt" im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) hat sich zum Ziel gesetzt, die kommunale Energiewende tatkräftig voranzutreiben. Das unterstützen wir, an manchen Stellen fordern wir jedoch ein wenig mehr Mut. Dafür werden wir uns im AKU stark machen: In der Breite statt nur in Leuchttürme, im Bestand statt nur im Neubau, mit starken Stadtwerken und sozial verträglich.

Finanziert wird das Aktionsprogramm durch einen Klimaschutzfonds aus den Jahres-überschüssen 2018 (GRDs 589/2019). Es sollen zusätzliche zu denen im Haushaltsentwurf dargestellten Projekten und Maßnahmen finanziert werden.

Über denen im Haushaltsentwurf bereits dargestellten Projekten und Maßnahmen finden sich in der Verwaltungsliste zusätzliche und weitergehende Projekte, bei denen städtische Gebäude energetisch saniert werden und damit zeitnah und effektiv Energie und damit CO₂ eingespart werden kann. Diese sollen aus dem Klimaschutzfond finanziert werden.

Energetische Sanierung Jugendhaus Zuffenhausen		Sum TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR
Dach und Fassade, nach Sanierungsfahrplan Drees & Sommer	Einzahlungen aus Klimaschutzfond	3.385	1.000	1.385	1.000
	Auszahlungen	3.385	1.000	1.385	1.000
	Bedarf FinHH	0			

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
 Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
 Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
 Dejan Perc Lucy Schanbacher

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 830/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff Haushalt 2020/2021: Aktionsplan Klimaschutz - Konkrete Projekte zur energetischen Sanierung Weilimdorf Bezirksrathaus

Wir beantragen:

dass die komplette energetische Sanierung des Bezirksrathauses Weilimdorf aus dem Klimaschutzfonds (GRDs 589/2019) bezahlt wird.

Begründung:

Das vom Oberbürgermeister am 24. September eingebrachte Aktionsprogramm Klimaschutz "Weltklima in Not - Stuttgart handelt" im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) hat sich zum Ziel gesetzt, die kommunale Energiewende tatkräftig voranzutreiben. Das unterstützen wir, an manchen Stellen fordern wir jedoch ein wenig mehr Mut. Dafür werden wir uns im AKU stark machen: In der Breite statt nur in Leuchttürme, im Bestand statt nur im Neubau, mit starken Stadtwerken und sozial verträglich.

Finanziert wird das Aktionsprogramm durch einen Klimaschutzfonds aus den Jahres-überschüssen 2018 (GRDs 589/2019). Es sollen zusätzliche zu denen im Haushaltsentwurf dargestellten Projekten und Maßnahmen finanziert werden.

Außer den im Haushaltsentwurf bereits dargestellten Projekten und Maßnahmen finden sich in der Verwaltungsliste zusätzliche Projekte, bei denen städtische Gebäude energetisch saniert werden und damit zeitnah und effektiv Energie und damit CO₂ eingespart werden kann.

Im Bezirksrathaus Weilimdorf konkret, sind beispielsweise die Fenster so in die Jahre gekommen, dass sie nicht nur für Wind undicht sind, sondern auch Kälte im Winter und Hitze im Sommer durchlassen. Hier kann durch den Austausch von Fenstern extrem viel Energie gespart werden.

Daneben ist es eine Zumutung für die Angestellten der Stadt hier arbeiten zu müssen. Dies hat auch gesundheitliche Folgen für die Angestellten.

Bezirksrathaus Weilimdorf, Fenster- und Fassadensanierung		Sum TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR
komplette energetische Sanierung (Projekt Sommerhitze) und Erneuerung der Aufzüge	Einzahlungen aus Klimaschutzfond	2.600	600	2.000
	Auszahlungen	2.600	600	2.000
	Bedarf FinHH	0		

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
 Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
 Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
 Dejan Perc Lucia Schanbacher

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 829/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff Haushalt 2020/2021: E-Lastenräder für alle! Auch für den kleinen Geldbeutel!

Wir beantragen:

1. Die E-Lastenradförderung wird auf ein Verleih-System (quartalsweise/jährlich) umgestellt, das sozial gestaffelte Tarife anbietet (Bonuscard + Kultur, Familiencard, Familien, Studierende/ Auszubildende und keine Förderung). 100 E-Lastenräder sollen hierfür angeschafft und in den Verleih gegeben werden.

Wir fragen weiter:

2. Wie könnte sich die Stadtverwaltung eine Preisstaffelung beim Verleih dieser E-Lastenräder untergliedert in Bonuscard + Kultur, Familiencard, Familien, Studierende/Auszubildende sowie andere vorstellen. Mit welchen Einnahmen ist hier zu rechnen?

3. Die Neue Arbeit gGmbH betreibt über Stuttgart verteilt drei Radstationen in Bad Cannstatt, Möhringen und Feuerbach. Hier sind auch bereits Fahrradwerkstätten und ein Fahrradparkhaus angegliedert. Hier könnte ein städtisches Verleihsystem andocken. Hierfür würde die Neue Arbeit gGmbH Mietzuschuss pro Radstation bekommen, auf der Fläche, die für das Ausleihsystem gebraucht wird. Zudem sind mit Personalmitteln bei der

Neuen Arbeit gGmbH zu rechnen. Von welchen Kosten kann hier ausgegangen werden?

Begründung:

Waren es früher nur einzelne, die statt mit einem Auto, per Lastenrad ihre Kinder oder auch die Wocheneinkäufe transportiert haben, ist es inzwischen in viele Stadtgebieten gang und gebe. Bei vielen Menschen ist angekommen, dass man auf zwei Rädern viel besser durch Stuttgart kommt und dabei Klima- und Umwelt schützt. Das Umdenken hat begonnen und das ist gut so. Es ist jedoch noch ein weiter Weg bis wir klimaneutral sind beziehungsweise auf das Auto in der Stadt verzichtet.

Das bisherige Förderprogramm sieht eine Förderung von 1200 Euro pro E-Lastenrad bei Kauf oder Leasing von durch Stuttgarter Familien mit mindestens einem Kind vor. Zudem 500 Euro nach drei Jahren als „Nachhaltigkeitsbonus“, wenn im geförderten privaten Haushalt in diesem Zeitraum kein Kfz angemeldet war oder in diesem Haushalt in den letzten drei Jahren ein Kfz ersatzlos abgemeldet wurde.

Die Gesamtverteilung der städtischen Förderung (937/2019) zeigt folgendes Bild: Knapp 40 Prozent der E-Lastenräder gehen in den Stuttgarter Westen und Süden, wo zusammen wiederum nur knapp 15 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner leben. Daneben sind auch die anderen Innenstadtbezirke stark überrepräsentiert.

Wie die Verwaltung (937/2019) schreibt, fehlt es an einer sozialen Komponente und dass Familien mit geringem Einkommen - vor allem der Personenkreis Bonuscard + Kultur - sich nur sehr unwahrscheinlich ein solches E-Lastenrad leisten können. Die durchschnittlichen Kosten für E-Lastenräder lag 2019 bei 4.360 € (Stand 31.08.2019). Das bedeutet, die geförderten Familien haben durchschnittlich jeweils 2660 Euro auf die maximale Fördersumme drauf gelegt und die Entscheidung für ein rein funktionales E-Lastenrad hat weniger eine Rolle gespielt.

Es ist uns wichtig, dass auch Menschen mit kleinem Geldbeutel den Zugang zu einem städtisch geförderten E-Lastenrad haben. Weder sollen Bonuscard-EmpfängerInnen durch ihr E-Lastenrad stigmatisiert werden können, noch soll der Anreiz ein E-Lastenrad zu fahren, für Nicht-BonuscardempfängerInnen kleiner werden. Bei einem städtischen Verleihsystem gibt es zudem die Möglichkeit zu testen in wie weit ein E-Lastenrad für den eigenen Gebrauch sinnvoll ist, wodurch Hürden abgebaut werden.

Es muss jedoch gewährleistet werden, dass es einen guten Übergang für ein bereits Stuttgart weit bekanntes Förderprogramm hin zu einem Verleihsystem gibt. Interessierte sollten bis zum in Funktion treten des Verleihsystems, auf dieses hingewiesen werden.

Durch ein Verleihsystem werden mehr Anreize geschaffen auf ein E-Lastenrad umzusteigen und auch Menschen mit kleinem Geldbeutel könnten sich ein solches Rad leisten, ohne stigmatisiert zu werden.

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
Dejan Perc Lucia Schanbacher

Haushaltsantrag vom 24.10.2019

Nr. 827/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff
Haushalt 2020/2021: Sustainable Development Goals - Bekenntnis und wie es jetzt weiter geht

Wir fragen:

1. Wann werden die Ergebnisse des Projekts in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung zur Erstellung von SDG-Indikatoren für unser kommunales Handeln dem Gemeinderat präsentiert?
2. Gibt es hierin Implikationen, die für den Doppelhaushalt 2020/2021 relevant sind?

Begründung:

Die Stadt Stuttgart hat sich zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bekannt und die Resolution Agenda 2030 des Deutschen Städtetags wurde durch den Gemeinderat am 3. Mai 2018 unterzeichnet (GDRrs 206/2018).

Das war uns sehr wichtig, denn neben der ökologischen Nachhaltigkeit, die oft als einziges gesehen wird, geht es bei den Sustainable Development Goals (SDGs) um die ökonomische und vor allem die soziale Nachhaltigkeit. Auch hierauf - auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit für alle und die Bekämpfung von Armut - hat sich die Landeshauptstadt hiermit verpflichtet.

Doch es ist nicht nur bei der Unterzeichnung geblieben. Die Landeshauptstadt hat das Projekt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ beziehungsweise „Globale Entwicklungsziele“ eingerichtet (GRDRs 853/2016), um die Sustainable Development Goals (SDGs) nachhaltig in der Stadt zu verankern.

Gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung arbeitet die Stadt hier beispielsweise an SDG-Indikatoren (vgl. GRDRs. 202/2018) "zur Bestandsaufnahme und Zielbeschreibung der Nachhaltigkeitsziele" in der Landeshauptstadt. Diese sollen den Status Quo auf dem Weg zur Einhaltung der SDGs aufzeigen und klare Handlungsfelder über die bisherigen Einzelmaßnahmen hinaus aufzeigen. Das Projekt stellt sich die Frage, wie die SDGs der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, mit wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit in Stuttgart kommunal umgesetzt werden kann.

Dies kann für die Haushaltsberatungen von Bedeutung und wichtiger Wegweiser für unser kommunales Handeln sein.

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
Dejan Perc Lucia Schanbacher

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 826/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff Haushalt 2020/2021: Co2-frei: Treibhausgase ausgleichen für 0711

Wir beantragen:

1. Die Programmierung einer Plattform (App) - "Co2-frei", die eine einfache Berechnung für die durch unser Handeln unausweichlich angefallenen Kosten unserer CO₂-Emmissionen. Diese entstandenen Kosten werden in Euro ausgewiesen, worauf sich diese Person dann entscheiden kann, in welches Klimaprojekt dieses Geld fließen soll, dieses auswählt und das Geld dann transferiert wird. Es soll eine Rückmeldung geben, wenn das Geld angekommen und wohin es sinnvoller Weise geflossen ist. Hierfür sind im Doppelhaushalt 2020/2021 55 000 Euro einzustellen.

2. Die Erarbeitung einer Berechnungsgrundlage der TopTen der größten durch persönliches Verhalten verursachten alltäglichen Emissionen in den Bereichen Mobilität, Ernährung, Stromverbrauch und sonstiger Konsum (hierunter wurden Möbel, Textilien und Papier als Hauptemittenten genannt, Griebhammer et. al, 2010, CO₂-Einsparpotentiale für Verbraucher).
3. Die Ausschreibung von Projekten zum Ausgleich von CO₂-Emissionen oder der Reduzierung solcher in Stuttgart. Diese Projekte müssen von der Landeshauptstadt zertifiziert werden und stehen dann in der oben beschriebenen App zur Verfügung. Die Projekte müssen nachweisen wohin ihr Geld geflossen ist, wobei nur maximal zehn Prozent des Geldes in Verwaltungskosten der Projekte fließen darf. Im Doppelhaushalt 2020/2021 sind mit 30 000 Euro zu rechnen.
4. Die öffentlichwirksame Bewerbung dieser CO₂-frei-App. Im Doppelhaushalt 2020/2021 sind hierfür 15 000 Euro vorzusehen.
5. Diese Kosten sollen aus dem Klimaschutzfond (GRDs 589/2019) bezahlt werden.

Begründung:

Die Klimawende muss vor Ort geschehen. Hierfür müssen alle zusammen arbeiten. Wie viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter dafür bereit sind, haben sie beim Klimastreik eindrucksvoll erwiesen. 30 000 Menschen waren auf den Straßen in ganz Stuttgart für die Klimawende unterwegs. Doch alle fragen sich, wo beginnen? Beim Reisen, Essen oder auf meinem Weg zur Arbeit?

CO₂ hat einen Preis und den gilt es den Menschen bewusst zu machen. Dann können wir frei entscheiden, ob uns das eine oder das andere was wert ist oder eben nicht.

Die Landeshauptstadt könnte als erste Stadt überhaupt eine freiwillige CO₂-Bepreisung einführen. Emissionen, die wir bei der Autofahrt zum Kindergarten, beim Essen von Fleisch, beim Wegwerfen von Lebensmittel, beim Benutzen eines Wäschetrockners oder beim Fliegen mit dem Flugzeug produzieren, können in Ausgleichsmaßnahmen oder Maßnahmen des CO₂-Reduzierung investiert werden.

Menschen müssen Klimaschutz nicht nur leben, sondern auch erleben und daran mitarbeiten können. Daher sind für den Erfolg solcher Maßnahmen konkret sichtbare Projekte in ihrem Umfeld wichtig. Wir denken an einen Klimawald, Solarpanels auf Dächern, die Unterstützung von Klimaorganisationen zur Begrünung von Stadtvierteln oder die Lebensmittelrettung vor Ort.

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
 Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
 Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
 Dejan Perc Lucia Schanbacher

	Haushaltsantrag vom 24.10.2019	Nr. 825/2019
--	---------------------------------------	---------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff Haushalt 2020/2021: Erhöhung Energiesparprogramm

Wir beantragen,

die Erhöhung des Energiesparprogramm 2020/2021 um jährlich eine Million Euro aus dem Klimaschutzfond zu bezahlen.

Die Erhöhung des Energiesparprogramms ist Teil der Wunschliste, taucht jedoch in der grünen Liste nicht mehr

auf. Im Klimaschutzfond sind Mittel für eine Erhöhung vorgesehen. Wir wollen mit diesem Antrag sicher gehen, dass diese wichtige Erhöhung tatsächlich kommt und weisen hiermit nochmal darauf hin.

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
Dejan Perc Lucia Schanbacher

Haushaltsantrag vom 24.10.2019

Nr. 822/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2020/2021: Die Finanzierung der SSB nachhaltig sicherstellen!

Wir beantragen,

dass der SSB nicht nur in 2020 und 2021 jeweils zehn Mio. Euro für Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, sondern von 2020 bis 2030 jährlich zehn Mio. Euro, insgesamt also 110 Mio. Euro. Finanziert wird die Gesamtsumme durch jährliche Rücklagenentnahmen von zwanzig Mio. Euro in 2021 und jeweils zehn Mio. Euro ab 2022 ff., so dass der Ergebnishaushalt per Saldo in 2021 um zwanzig Mio. Euro entlastet wird.

Begründung:

Die SSB müssen ihre Investitionen in der Erhalt der mittlerweile zum Teil über dreißig Jahre alten Schieneninfrastruktur deutlich erhöhen, vom derzeit rd. 15 Mio. Euro pro Jahr auf im Schnitt 25 Mio. Euro pro Jahr von 2020 bis 2030. Diese Investitionen gehen zu 100% in die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens ein. Mit einem jährlichen Zuschuss von zehn Mio. Euro würde der Verlust der SSB also um zehn Mio. Euro niedriger ausfallen als ohne Zuschuss. Die Erträge aus den von der SVV angelegten Aktien und Rentenpapieren sowie die Gewinne des Hafens Stuttgart und der Stadtwerke reichen (noch) nicht aus, um diese zusätzlichen Verluste zu decken. Bis 2030 sollten die Geldanlagen der SVV Schritt für Schritt in die Finanzierung des Rückkaufs des Wassernetzes sowie in weitere Ertrag bringende Investitionen der Stadtwerke umgeschichtet werden. Ab 2030 sollten die Gewinne des Hafens und der Stadtwerke dann genügend Erträge erwirtschaften, um das Defizit der SSB vollständig zu decken. Aus diesen Gründen ist eine Umwidmung der (städtischen) Davon-Rücklage für den Eigenkapital-Anteil zum Rückkauf des Wassernetzes in eine Rücklage für SSB-Zuschüsse sachgerecht. Da sich der Kaufpreis für das Wassernetz am subjektiven Ertragswert der Stadt (mit der Möglichkeit des steuerlichen Querverbands innerhalb der SVV) orientiert, ist eine Finanzierung aus dem SVV-Vermögen ohnehin zwingend. Mit den jährlichen Zuschüssen von 2020 bis 2030 kann das SSB-Defizit in einer Übergangszeit deutlich reduziert werden. Mit der beschriebenen Umschichtung der Geldanlagen der SVV kann auch die Finanzierung ab 2030 gewährleistet werden. Zusammen mit Zuschüssen der öffentlichen Hand in Fahrzeuge und Ausbaumaßnahmen kann so die nachhaltige Finanzierung der SSB gesichert werden.

Martin Körner Stefan Conzelmann Jasmin Meergans
Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzender stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Maria Hackl Susanne Kletzin
Dejan Perc Lucia Schanbacher

Freie Wähler

Haushaltsantrag vom 24.10.2019

Nr. 1120/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion

Betreff
Haushalt 2020/2021
Umweltprämie Flurförderfahrzeuge / Gabelstapler, GRDRs 726/2019

Es ist sehr erfreulich, dass die Landeshauptstadt Stuttgart in verschiedenen energie- und umweltrelevanten Bereichen Fördergelder zur Verfügung stellen kann. In den Genuss der Förderung kommt allerdings meist der Endverbraucher und nur indirekt - aber natürlich auch - der Händler oder der Handwerker. Bei der angedachten Umweltprämie für Flurförderfahrzeuge / Gabelstapler stellt sich dies anders dar. Wir meinen deshalb, dass die Stadt den Versuch unternehmen sollte, die Gewerbetreibenden beim Austausch der vorhandenen Flurförderfahrzeuge zu unterstützen. Dies übrigens auch vor dem unter Ziffer 2. in GRDRs 726/2019 beschriebenen Hintergrund: Mit dem angestrebten Bau einer Batteriewechselhalle könnte der Großmarkt zum Vorbild für andere Betriebe in der Logistikbranche werden. Wichtig ist uns aber selbstverständlich, dass die Umweltprämie allen Antragstellern, die die Voraussetzungen erfüllen, zugutekommt.

Wir beantragen:

Im Sinne eines Pilotprojekts wird die Umweltprämie für Flurförderfahrzeuge / Gabelstapler zunächst für die Jahre 2020 und 2021 aufgelegt. Die dafür benötigten Mittel in Höhe von insgesamt 100.000 Euro werden in den Doppelhaushalt 2020/2021 eingestellt:

2020 50.000 Euro

2021 50.000 Euro

Jürgen Zeeb Rose von Stein Konrad Zaiß Michael Schrade
Fraktionsvors. stellv. Fraktionsvors. stellv. Fraktionsvors.

Haushaltsantrag vom 24.10.2019

Nr. 1119/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion

Betreff
Haushalt 2020/2021
Taxiaktionsplan: städtische E-Taxiförderung, laufende Kosten Schnellladeinfrastruktur

Mit einer gewissen Verwunderung haben wir festgestellt, dass es die Vorlage 729/2019 nicht einmal in Teilen in die Grüne Liste des Oberbürgermeisters geschafft hat. Dies insbesondere deshalb, weil laut Ziffer 4. der GRDRs 729/2019 für die jetzt wohl installierten drei Taxi-exklusiven Schnelllader in Summe jährliche laufende Kosten von zwischen 15.000 und 20.000 Euro anfallen werden.

Wir beantragen:

1. Bis zur 1. Lesung erläutert die Stadtverwaltung, wie der Betrieb der bisher installierten drei Taxi-exklusiven Schnelllader finanziert werden soll, wenn die in GRDRs 729/2019 genannten und dafür nötigen Mittel im Doppelhaushalt 2020/2021 nicht zur Verfügung gestellt werden.
2. Zudem bitten wir um eine Stellungnahme dazu, wie es die Stadtverwaltung verantworten könnte, den

Ausbau der Taxi-exklusiven Ladeinfrastruktur jetzt nicht weiter zu verfolgen. Nach der Ankündigung, das Taxi-Gewerbe auf diese Weise bei der Umstellung auf emissionsfreie oder emissionsarme Antriebe zu unterstützen, wäre die Einstellung der Aktivitäten der Stadt wohl kaum nachzuvollziehen.

Jürgen Zeeb Rose von Stein Konrad Zaiß Michael Schrade
Fraktionsvors. stellv. Fraktionsvors. stellv. Fraktionsvors.

PULS

Haushaltsantrag vom 24.10.2019

Nr. 1168/2019

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
PULS-Fraktionsgemeinschaft

Betreff
Haushalt 2020/2021: Investitionen zur Förderung Nachhaltiger Mobilität

Wir beantragen:

1. Die Umsetzung des **Taxiaktionsplans** (729/2019) laut roter Liste. Kosten 2020: 60.000 €, 2021: 305.000 €
2. Die Erhöhung der Fördersumme für den **Autofreien Sonntag** (827/2019) von 570.000 € auf 700.000 € für das Jahr 2021.

Zusätzlich legt die Verwaltung ein Modell vor für:

3. Die Umsetzung des Förderprogramms „**E-Lastenräder für Stuttgarter Familien**“ in einer sozial verträglicheren Form, z.B. einer Ausweitung der Förderung auch auf Personen ohne Kinder ohne einen entsprechenden finanziellen Spielraum oder eine weitergehende Unterstützung Alleinerziehender.

Begründung:

1. Der Aktionsplan ist fertig und bereits in Umsetzung. Richtig wirkungsvoll wird er erst, wenn ein gewisser Deckungsgrad an Ladeinfrastruktur erreicht ist, sodass keine langen Fahrten nötig werden, um eine Ladestation zu erreichen. Gleichzeitig umfasst die Position laufende Kosten, die nicht einfach nicht erbracht werden können, wenn schon ein Teil des Aktionsplans umgesetzt ist, der Instandhaltung benötigt.
2. Der Autofreie Sonntag auf der Theodor-Heuss-Straße am 22. September 2019 war ein großer Erfolg. In den kommenden Jahren soll die Veranstaltung wieder stattfinden, dieselbe Summe wie für 2019 ist bereits in den Haushalt eingestellt. Der Autofreie Sonntag soll nach unserem Verständnis ein Fest für die Stuttgarter Bürger sein und aufzeigen, was in einer Stadt, die ärmer an motorisiertem Verkehr ist, möglich ist. Daher wünschen wir uns für zukünftige Veranstaltungen eine erweiterte Einbeziehung Stuttgarter Initiativen, besonders solcher, die sich für eine Nutzung und Umgestaltung des öffentlichen Raums stark machen und Nachbarschaften fördern. Darüber hinaus ist es wünschenswert, die Fläche für den Autofreien Sonntag Stück für Stück zu erweitern. Da es in Abhängigkeit von den Haushaltsberatungen zeitlich nur schwer möglich erscheint, eine deutliche Ausweitung der Fläche für 2020 umzusetzen, gehen wir von einer kleinen Ausweitung der Flächen im gleichen finanziellen Rahmen aus und beantragen zu den für 2021 eingestellten 570.000 € zusätzliche 130.000 € für eine deutliche Ausweitung des Umgriffs für den Aktionstag.
3. Die Wende in der Mobilität muss von Vielen gestemmt werden. Daher ist es unverständlich, dass noch nicht einmal das Förderprogramm in seiner jetzigen Form in die Grüne Liste aufgenommen wurde. Darüber hinaus möchten wir den Kreis, der die Mobilitätswende voranbringt, vergrößern und schlagen daher eine Anpassung der Förderrichtlinien vor.

Wir bitten um Antworten bis zur 1. Haushaltslesung.

Deborah Köngeter Christian Walter
Thorsten Puttenat Ina Schumann

